



Centrale de lettres de gage  
Banques Cantonales Suisses



Pfandbriefzentrale  
Schweizer Kantonalbanken

# Statuten

vom 28. Juni 2013

Fassung vom 21. September 2016

## I. Allgemeine Bestimmungen

### **Art. 1 Firma, Sitz und Dauer**

Unter der Firma "Pfandbriefzentrale der schweizerischen Kantonalbanken AG", "Centrale de lettres de gage des banques cantonales suisses SA", "Centrale delle banche cantonali svizzere per le obbligazioni fondiarie SA" besteht mit Sitz in Zürich eine Aktiengesellschaft gemäss Art. 620 ff. OR auf unbeschränkte Dauer.

### **Art. 2 Zweck**

Die Pfandbriefzentrale der schweizerischen Kantonalbanken AG (die „Pfandbriefzentrale“) bezweckt den Betrieb einer Pfandbriefzentrale nach den Vorschriften des Pfandbriefgesetzes vom 25. Juni 1930 („PFG“).

### **Art. 3 Aktienkapital**

<sup>1</sup> Das Aktienkapital beträgt 1'625 Millionen Franken und ist in 325'000 Namenaktien zum Nennwert von je Fr. 5'000.-- eingeteilt.

<sup>2</sup> Auf den Namenaktien sind Einlagen von Fr. 1'000.-- je Aktie, insgesamt 325 Millionen Franken, geleistet worden.

### **Art. 4 Aktionärskreis**

<sup>1</sup> Aktionäre der Pfandbriefzentrale gemäss Art. 4 PFG können nur Kantonalbanken im Sinne von Art. 3a des Bundesgesetzes vom 8. November 1934 über die Banken und Sparkassen (Bankengesetz) sein.

<sup>2</sup> Die Eigentümer der Namenaktien werden in das Aktienbuch der Gesellschaft eingetragen. Die Übertragung von Aktien bedarf der Zustimmung des Verwaltungsrates. Die Zustimmung kann insbesondere dann verweigert werden, falls der Erwerber die Voraussetzungen gemäss Art. 4 Abs. 1 der Statuten nicht erfüllt.

## II. Organisation

### **Art. 5 Organe**

Die Organe der Pfandbriefzentrale sind:

1. die Generalversammlung
2. der Verwaltungsrat
3. die Direktion
4. die Revisionsstelle

#### **1. Generalversammlung**

### **Art. 6 Kompetenzen**

Die Generalversammlung der Aktionäre ist das oberste Organ der Pfandbriefzentrale. Diesem stehen folgende unübertragbare Befugnisse zu:

1. Genehmigung des Jahresberichtes und der Jahresrechnung sowie Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinnes.
2. Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates.
3. Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates, seines Präsidenten und der Revisionsstelle. Vorbehalten bleibt Art. 37 PFG.
4. Erlass und Änderungen der Statuten.
5. Auflösung der Pfandbriefzentrale oder die Vereinigung mit der andern Pfandbriefzentrale.
6. Beschlussfassung über andere Geschäfte, die durch das Gesetz oder die Statuten der Generalversammlung vorbehalten sind.

## **Art. 7 Termin, Einladung**

<sup>1</sup> Die ordentliche Generalversammlung findet jedes Jahr innerhalb von 6 Monaten seit Abschluss des Geschäftsjahres statt.

<sup>2</sup> Ausserordentliche Generalversammlungen werden nach Bedarf einberufen, insbesondere auf Beschluss des Verwaltungsrates, auf Verlangen der Revisionsstelle oder auf Begehren eines oder mehrerer Aktionäre, die mindestens den zehnten Teil des Aktienkapitals vertreten.

<sup>3</sup> Die Einladungen zur Generalversammlung erlässt der Verwaltungsrat wenigstens 20 Tage vor dem Versammlungstermin unter Angabe der Traktanden und der Anträge des Verwaltungsrates und der Aktionäre, welche die Durchführung einer Generalversammlung oder die Traktandierung eines Verhandlungsgegenstandes verlangt haben.

<sup>4</sup> Über Angelegenheiten, die nicht in dieser Weise angekündigt worden sind, können keine Beschlüsse gefasst werden, ausser über einen Antrag auf Einberufung einer ausserordentlichen Generalversammlung oder auf Durchführung einer Sonderprüfung gemäss Art. 697a ff. OR.

<sup>5</sup> Vorbehalten bleiben Beschlüsse einer Universalversammlung nach Art. 701 OR.

## **Art. 8 Sitzungsordnung**

<sup>1</sup> In der Generalversammlung führt der Präsident des Verwaltungsrates, der Vizepräsident oder ein anderes Mitglied des Verwaltungsrates den Vorsitz. Der Vorsitzende bezeichnet einen Sekretär und schlägt der Generalversammlung die Stimmzähler zur Wahl vor.

<sup>2</sup> Über die Verhandlungen wird ein Protokoll geführt, das vom Vorsitzenden, dem Sekretär und den Stimmzählern zu unterzeichnen ist.

<sup>3</sup> Die Aktionäre sind jederzeit zur Einsichtnahme in das Protokoll berechtigt.

## **Art. 9 Stimmrecht**

<sup>1</sup> Jeder Aktionär hat in der Generalversammlung so viele Stimmen, wie ihm im Aktienbuch eingetragene Aktien zustehen. Massgebend ist der Eintrag bis spätestens acht Tage vor dem Versammlungstermin.

<sup>2</sup> Jeder Aktionär kann das Stimmrecht nur durch einen Vertreter ausüben lassen.

<sup>3</sup> Jeder Aktionär kann durch einen anderen Aktionär in der Generalversammlung vertreten werden. Kein Aktionär kann aber das Stimmrecht für mehr als den fünften Teil der vertretenen Stimmen ausüben.

## **Art. 10 Beschlussfassung**

<sup>1</sup> Die Generalversammlung fasst die Beschlüsse und trifft die Wahlen mit einfacher Mehrheit der vertretenen Stimmen, soweit das Gesetz oder die Statuten nicht etwas anderes bestimmen.

<sup>2</sup> Bei Stimmgleichheit entscheidet bei Beschlüssen die Stimme des Präsidenten, bei Wahlen das Los.

<sup>3</sup> Beschlüsse über eine Revision der Statuten, die Auflösung der Pfandbriefzentrale oder die Vereinigung können nur in Generalversammlungen gefasst werden, in welchen 2/3 des gesamten Aktienkapitals vertreten sind; sie bedürfen zudem der Mehrheit von 2/3 der vertretenen Stimmen.

<sup>4</sup> Statutenänderungen bedürfen überdies der Genehmigung des Bundesrates.

<sup>5</sup> Wahlen und Beschlüsse erfolgen, soweit die Versammlung nicht geheime Abstimmung beschliesst, offen.

## **Art. 11 Bericht Revisionsstelle**

Vor der Beschlussfassung über den Jahresbericht und die Jahresrechnung ist der Bericht der Revisionsstelle vorzulegen. Die Revisionsstelle muss an der Generalversammlung vertreten sein.

## **2. Verwaltungsrat**

### **Art. 12 Kompetenzen**

<sup>1</sup> Der Verwaltungsrat fasst über alle Angelegenheiten Beschluss, die nicht nach Gesetz oder nach diesen Statuten andern Organen vorbehalten sind. Ihm obliegen insbesondere:

1. Wahl und Abberufung der Direktion, der übrigen Zeichnungsberechtigten und des Sekretärs.
2. Abschluss eines Vertrages über die Geschäftsführung.
3. Regelung der Zeichnungsberechtigung, wobei nur Kollektivzeichnungsberechtigung zu zweien zulässig ist.
4. Erlass eines Organisationsreglementes, eines Geschäftsreglementes und eines Schätzungsreglementes. Letzteres unterliegt der Genehmigung durch den Bundesrat.
5. Beschlussfassung über die Ausgabe von Pfandbriefen und Festsetzung der Bedingungen für Pfandbriefe und Darlehen und allenfalls Abschluss von Verträgen mit Emissionssyndikaten.
6. Verabschiedung des Jahresberichtes und der Jahresrechnung mit den Anträgen zuhanden der Generalversammlung.
7. Behandlung der Berichte der Revisionsstelle, der Prüfgesellschaft sowie der Prüfgesellschaften der Mitgliedbanken.
8. Festsetzung der Entschädigung für die Organe.
9. Bescheinigung über das Vorliegen der gesetzlichen Deckung auf den Pfandbriefen, nachdem er sich vom Vorhandensein und der ordnungsgemässen Registrierung der Deckung überzeugt hat.
10. Überwachung der Deckung und deren Verwahrung und Verwaltung, soweit diese bei der Pfandbriefzentrale liegt.
11. Vertretung der Pfandbriefzentrale nach aussen. Vorbehalten bleibt Art. 19 Abs. 2.
12. Aufsicht über den Geschäftsgang.

<sup>2</sup> Der Verwaltungsrat kann einzelne der in den Ziff. 5, 10 und 11 aufgeführten Aufgaben im Einzelfall durch Beschluss oder generell durch Reglemente der Direktion oder Dritten übertragen unter Vorbehalt zwingender Bestimmungen der Pfandbriefgesetzgebung.

### **Art. 13 Zusammensetzung**

Der Verwaltungsrat besteht aus acht bis zehn Mitgliedern. Ein Mitglied kann gemäss Art. 37 PfG der Bundesrat ernennen. Die übrigen Mitglieder müssen der Geschäftsleitung einer Mitgliedbank angehören.

### **Art. 14 Amtsdauer**

<sup>1</sup> Die Amtsdauer beträgt drei Jahre, beginnend und endend mit der ordentlichen Generalversammlung, für den vom Bundesrat ernannten Vertreter vier Jahre gemäss Kalenderjahr. Die Mitglieder sind wieder wählbar.

<sup>2</sup> Mit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses / Mandates bei der Mitgliedbank wird auch die Stellung als Verwaltungsrat in der Pfandbriefzentrale ohne weiteres an der darauffolgenden Generalversammlung beendet. Vorbehalten bleibt ein Beschluss der Generalversammlung, ein Mitglied des Verwaltungsrates zu einem früheren Zeitpunkt abzurufen.

<sup>3</sup> Während der Amtsdauer frei werdende Verwaltungsratssitze werden an der nächsten Generalversammlung für den Rest der Amtsdauer neu besetzt.

## **Art. 15 Konstituierung**

<sup>1</sup> Der Verwaltungsrat konstituiert sich, unter Vorbehalt der Wahl des Präsidenten, selber.

<sup>2</sup> Er versammelt sich auf Einladung des Präsidenten oder bei dessen Verhinderung des Vizepräsidenten so oft es die Geschäfte erfordern oder auf Verlangen von mindestens drei Mitgliedern oder der Direktion. Eine angebehrte Sitzung ist innert drei Wochen einzuberufen.

<sup>3</sup> Über die Verhandlungen wird ein Protokoll geführt.

## **Art. 16 Beschlussfähigkeit**

<sup>1</sup> Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn neben dem Präsidenten oder Vizepräsidenten fünf Mitglieder anwesend sind.

<sup>2</sup> Beschlüsse können auch auf dem Zirkulationsweg gefasst werden, sofern nicht ein Mitglied die mündliche Beratung verlangt.

<sup>3</sup> Der Verwaltungsrat fasst die Beschlüsse und trifft die Wahlen mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmen, soweit das Gesetz oder die Statuten nicht etwas anderes bestimmen.

<sup>4</sup> Bei Stimmgleichheit entscheidet bei Beschlüssen die Stimme des Präsidenten, bei Wahlen das Los.

## **Art. 17 Ausstand**

Jedes Mitglied des Verwaltungsrates tritt von sich aus in den Ausstand, wenn über Geschäfte beraten und beschlossen wird, in denen dessen Mitgliedbank in besonderer Weise betroffen wird.

## **3. Direktion**

### **Art. 18 Kompetenzen**

<sup>1</sup> Der Direktion obliegt die unmittelbare Geschäftsführung.

<sup>2</sup> Die Aufgaben und Kompetenzen der Direktion werden im Organisationsreglement sowie im Geschäftsreglement umschrieben.

<sup>3</sup> Die Mitglieder der Direktion nehmen an Generalversammlungen und den Sitzungen des Verwaltungsrates mit beratender Stimme teil, soweit nicht ein Ausstandsgrund vorliegt.

### **Art. 19 Geschäftsführung**

<sup>1</sup> Der Verwaltungsrat kann durch Vertrag eine Mitgliedbank mit der unmittelbaren Besorgung der Geschäfte beauftragen. Die geschäftsführende Mitgliedbank hat Anspruch auf eine angemessene Entschädigung.

<sup>2</sup> Einzelheiten regelt der Vertrag.

## **4. Revisionsstelle**

### **Art. 20 Aufgaben**

Die Revisionsstelle hat die Jahresrechnung zu prüfen und der Generalversammlung Bericht zu erstatten. Sie empfiehlt Abnahme, mit oder ohne Einschränkung, oder Rückweisung der Jahresrechnung.

### **Art. 21 Amtsdauer**

Die Generalversammlung wählt die Revisionsstelle für eine Amtsdauer von einem Jahr.

### **III. Jahresrechnung, Gewinnverwendung und Reservefonds**

#### **Art. 22 Jahresrechnung**

<sup>1</sup> Die Jahresrechnung ist nach den Vorschriften der Pfandbriefverordnung aufzustellen.

<sup>2</sup> Die Erfolgsrechnung wird auf den 31. Dezember abgeschlossen und die Bilanz auf diesen Termin erstellt.

#### **Art. 23 Gewinnverwendung**

Der ausgewiesene Bilanzgewinn, bestehend aus dem Vortrag und dem Jahresgewinn, wird wie folgt verwendet:

1. 5% des Jahresgewinnes sind der allgemeinen Reserve zuzuweisen, bis diese 20% des einbezahlten Aktienkapitals erreicht.
2. Vom Restbetrag wird auf das einbezahlte Aktienkapital eine angemessene Dividende ausgerichtet.
3. Einen allfälligen Restbetrag verwendet die Generalversammlung für die Einlage in die freie Reserve, für Rückstellungen für besondere Zwecke sowie für einen angemessenen Vortrag auf neue Rechnung.

#### **Art. 24 Reservefonds**

<sup>1</sup> Die allgemeine Reserve dient der Deckung allfälliger Verluste, soweit hierfür das Jahresergebnis nicht ausreicht.

<sup>2</sup> Über die Verwendung der freien Reserve entscheidet die Generalversammlung auf Antrag des Verwaltungsrates.

### **IV. Auflösung und Liquidation**

#### **Art. 25 Auflösung, Liquidation**

<sup>1</sup> Die Generalversammlung kann die Auflösung und Liquidation unter Einhaltung der Bestimmungen der Art. 736 ff. OR beschliessen.

<sup>2</sup> Die Generalversammlung wählt die Liquidatoren.

<sup>3</sup> Ein über das Aktienkapital hinaus verbleibender Erlös ist gemäss dem Beschluss der Generalversammlung zu verwenden.

### **V. Weitere Bestimmungen**

#### **Art. 26 Mitteilungen**

<sup>1</sup> Publikationsorgan der Pfandbriefzentrale ist das Schweizerische Handelsamtsblatt.

<sup>2</sup> Alle Mitteilungen und Einladungen an die Aktionäre erfolgen aufgrund des Aktienbuches schriftlich.

#### **Art. 27 Ergänzendes Recht**

Soweit die Pfandbriefgesetzgebung und die Statuten nicht abschliessende Vorschriften enthalten, gelten die Bestimmungen des Schweizerischen Obligationenrechts als ergänzendes Recht.

#### **Art. 28 Inkrafttreten**

<sup>1</sup> Diese Statuten treten nach der Annahme durch die Generalversammlung und nach Genehmigung durch den Bundesrat gemäss Art. 2 PfG in Kraft.

<sup>2</sup> Diese totalrevidierten Statuten ersetzen die gleichnamigen Statuten vom 23. Januar 1991, letztmals revidiert am 27. Juni 2008.

